



Bundestags- brief

Nr.279 •Die Woche im Bundestag• 27.11.2020



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222
Fax:030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Mehr als 2 Milliarden Euro für die Kultur

Der Etat für Kultur und Medien wird im kommenden Jahr auf 2,14 Milliarden Euro steigen und damit gegenüber dem Vorjahr um rund 155 Millionen Euro wachsen. Dies hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages beschlossen.

Mit den Zuwächsen werden große Investitionsvorhaben bei wichtigen kulturellen Einrichtungen angegangen. So stehen über mehrere Jahre insgesamt fast 85 Millionen Euro als Bundesanteil für die Sanierung des Festspielhauses Bayreuth und 73 Millionen Euro für den Um- und Ausbau des Deutschen Literaturarchivs in Marbach bereit.

Für ein Sonderprogramm zum Erhalt der zum Weltkulturerbe gehörenden Bausubstanz der Stiftung Preußischer Kulturbesitz sind für die nächsten fünf Jahre zusätzliche Bundesmittel in Höhe von insgesamt gut 76 Millionen Euro vorgesehen, die zu den 6 Millionen Euro hinzutreten, die hierfür schon im Regierungsentwurf des Haushalts enthalten waren. Damit wird ein großer Beitrag zur Unterstützung des Reformprozesses der Stiftung geleistet.

Auch für Investitionsmaßnahmen in ganz Deutschland, insbesondere im ländlichen Raum, stehen künftig erhebliche Mittel zur Verfügung, davon fast 50 Millionen Euro allein im kommenden Jahr.

Diese Hilfen kommen Kulturorten wie dem Hermann-Hesse-Museum Calw, der Kunsthalle Emden oder dem Museum für Industriekultur Wuppertal sowie historischen Bauten wie den Domen von Worms und Greifswald oder den Schlössern Mirow und Kranichstein zugute.

Rund 93 Millionen Euro sind für bundesbedeutsame Denkmalschutzmaßnahmen in ganz Deutschland eingeplant.

Das Jüdische Museum Berlin erhält 3,2 Millionen Euro zusätzlich, um sein Haus künftig bei freiem Eintritt öffnen zu können. Mittel für entsprechende Modelle waren für das Humboldt Forum, die Museen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und das Deutsche Historische Museum bereits zuvor beschlossen worden. Damit sollen das Demokratieverständnis und das historische Urteilsvermögen gerade jüngerer Menschen in Deutschland gestärkt werden.

Zusätzliche Mittel in Höhe von 1,75 Millionen Euro stehen für die Aufarbeitung des Kolonialismus bereit - sowie 500.000 Euro für Projekte der kulturellen Bildung zur Prävention gegen Extremismus und Antisemitismus.

Schließlich erhält auch Chemnitz, das jüngst zur Europäischen Kulturhauptstadt 2025 gekürt wurde, für sein Programm Bundesmittel in Höhe von 25 Millionen Euro. Zusammen mit den Mitteln des Freistaats Sachsen sollen dann mehr als 50 Millionen Euro für die Kulturhauptstadt 2025 Chemnitz zur Verfügung stehen. Chemnitz wird nach Essen (2010), Weimar (1999) und Berlin (1988) die vierte Europäische Kulturhauptstadt in Deutschland.

Diese Entscheidungen sind ein starkes Bekenntnis des Parlaments zur lebensnotwendigen Bedeutung der Kultur und der Medien ist in diesen schwierigen Zeiten ein großes Ausrufezeichen, für das ich sehr dankbar bin.

Wichtige Weichen für die Zukunft gestellt

Zwar sind die globale Epidemie und die Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen noch immer das zentrale Thema der Politik, jedoch stehen inzwischen Impfstoffe mit mutmaßlich hoher Wirksamkeit vor der Zulassung. Das lässt uns hoffen, die durch die Corona-Epidemie verursachten Einschränkungen im Laufe des kommenden Jahres schrittweise hinter uns zu lassen.

Deshalb ist es wichtig, dass wir über die tagesaktuellen Herausforderungen hinaus blicken und Entscheidungen treffen, die unser Land nach vorne bringen. Dazu gehört zum Beispiel die Weiterentwicklung des Elterngelds. Jedes Jahr erhalten rund zwei Millionen Mütter und Väter diese familienpolitische Leistung, die wir nun mit mehr Teilzeitmöglichkeiten, einem „Frühchenmonat“ und weniger Bürokratie noch attraktiver gestalten wollen.

Darüber hinaus setzen wir auch in der Gesundheitspolitik mit dem „Gesetz zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege“ einen neuen Impuls. Dieser umfasst vielfältige Maßnahmen für alle Bereiche unseres Gesundheitssystems. Mithilfe des Gesetzes sorgen wir für mehr Personal in der Altenpflege, für eine stabile Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung im kommenden Jahr und für mehr Stellen in der Geburtshilfe.

Schließlich wurde in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses der Bundeshaushalt 2021 finalisiert. Sinkende Steuereinnahmen und umfangreiche Mehrausgaben zur Abfederung der Corona-Krise haben die Aufnahme neuer Kredite notwendig gemacht. Damit wird aber nicht nur die Bewältigung der Herausforderungen der Corona-Epidemie finanziert, sondern auch spürbare Investitionen in Zukunftsbereiche wie Bildung und Forschung ermöglicht.

Bestürzendes Fehlverhalten der AfD und ihrer Gäste

Mehrere Gäste der AfD haben Abgeordnete des Deutschen Bundestags und ein Mitglied der Bundesregierung unmittelbar vor der Abstimmung zum Bevölkerungsschutzgesetz in der vergangenen Sitzungswoche bedrängt und gegen deren Willen aggressiv gefilmt.

Das ist ein Angriff auf das freie Mandat und auf die Demokratie, die sich in eine lange Reihe von Provokationen einreihet, die die AfD zu verantworten hat seit sie in den Deutschen Bundestag eingezogen ist. Die AfD verweigert sich seither der parlamentarischen Arbeit, benutzt das Parlament als Bühne parteipolitischer Propaganda und bemüht sich nach Kräften, das Herzstück unserer Demokratie verächtlich zu machen.

Es ist richtig, dass der Bundestagspräsident und die demokratischen Parteien im Ältestenrat für die Ahndung der jüngsten Eskalation der antiparlamentarischen Strategie der AfD und ihrer Gäste alle rechtlichen Mittel ausschöpfen werden.

Weihnachten im Familienkreis ermöglichen

Angesichts der noch immer auf hohem Niveau stagnierenden Infektionszahlen in unserem Land werden Bund und Länder die derzeit geltenden Corona-Beschränkungen weiter verlängern müssen. Diese Entscheidung ist der Tatsache geschuldet, dass die seit Anfang Oktober geltenden Maßnahmen zwar Wirkung zeigen, die Zahl der Neuinfektionen aber noch nicht nennenswert sinkt. Allenfalls kann von einem Seitwärtstrend gesprochen werden. Die Zahl der COVID-19-Patienten, die auf Intensivstationen behandelt werden müssen, ist sogar gestiegen.

Trotz dieser angespannten Lage wird es aber Ausnahmen der geltenden Regelungen für die Feiertage geben, um eine Weihnachtsfeier im Familienkreis zu ermöglichen. Wir appellieren dabei an die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, diese Ausnahmeregelung verantwortungsvoll und mit Augenmaß wahrzunehmen. Denn nur dann können wir darauf hoffen, ein erneutes Ansteigen der Infektionszahlen nach den Feiertagen möglichst zu vermeiden.

Überdurchschnittliche Bildungsausgaben im OECD-Vergleich

Die OECD attestiert Deutschland basierend auf den Daten von 2017 in allen Bereichen der Bildung überdurchschnittliche Investitionen gemessen an allen OECD-Ländern.

Mit 13 529 Dollar pro Bildungsteilnehmer investierte Deutschland in Bildungseinrichtungen vom Primar- bis zum Tertiärbereich pro Vollzeitbildungsteilnehmer gut 2 000 Dollar mehr als der Durchschnitt.

Die jährlichen Ausgaben je Schüler fielen in Deutschland für die berufsbildenden Bildungsgänge des Sekundarbereichs II besonders hoch aus, wo sie in etwa 40 Prozent höher waren als im Durchschnitt der OECD-Länder (15 466 gegenüber 10 888 Dollar).

(Quelle: OECD)